

Beschluss des Landrats vom 28.11.2024

Nr. 859

25. Menschenrechte stärken – Racial Profiling verhindern!

2024/412; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, und beantrage die gleichzeitige Abschreibung. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Ronja Jansen (SP) erinnert daran, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz vor wenigen Monaten einstimmig wegen rassistischer Diskriminierung und Racial Profiling verurteilt habe. Die Schweiz wurde im Rahmen dieses Urteils angewiesen, Beschwerden künftig sorgfältiger zu prüfen und die gesetzlichen Grundlagen dahingehend zu ändern, dass die entsprechende Praxis – also Racial Profiling – künftig verhindert wird.

Weil das Baselbiet bekanntlich auch zur Schweiz gehört, sind auch hier Massnahmen angezeigt, und zwar griffigere Massnahmen als das es heute der Fall ist. Heute – und das kann der Antwort des Regierungsrats entnommen werden – ist es so, dass man Polizistinnen und Polizisten eigentlich einfach sagt, dass sie nicht diskriminieren sollen. Weiter verweist der Regierungsrat auf die verschiedenen Beschwerdemöglichkeiten, die bereits heute bestehen. Das reicht aber nicht. Gerade der Hinweis, dass es heute sehr wenige Beschwerden gibt, ist kein Indiz dafür, dass heute alles einfach gut ist. Gerade wer die Erfahrung einer rassistischen Behandlung durch Behörden macht, würde unter Umständen auch nicht an Behörden gelangen, um sich zu beschweren. Zu diesem Schluss kommt auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Es braucht mehr Bemühungen und mehr Massnahmen, denn der Status quo reicht eben nicht aus.

Eine solche Massnahme wird mit vorliegender Motion vorgeschlagen: Ein Quittungssystem. Es handelt sich um ein denkbar einfaches System. Bei Polizeikontrollen sollen kontrollierte Personen künftig jeweils eine Quittung erhalten, auf der vermerkt ist, warum sie kontrolliert wurden. Bereits heute ist es eigentlich so, dass eine Polizeikontrolle nur durchgeführt werden darf, wenn es einen Grund dafür gibt. Man darf nicht einfach willkürlich Menschen kontrollieren. Neu wäre mit dem Quittungssystem, dass die Menschen einen schriftlichen Beleg erhalten würden, nachdem sie kontrolliert wurden.

Was wären die Vorteile eines solchen Quittungssystems? Die Polizistinnen und Polizisten müssen immer einen Grund für die Kontrolle angeben, weil dieser auf der Quittung festgehalten wird. Zweitens könnten übermässig oft kontrollierte Personen mit den Quittungen übermässig häufige Kontrollen belegen. Drittens hätten gerade erst kontrollierte Menschen die Möglichkeit, die Quittung der vorherigen Kontrolle vorzuweisen, und könnten so verhindern, dass sie innerhalb eines Tags dreimal kontrolliert werden.

Ronja Jansen wandelt die Motion in ein Postulat um, möchte aber daran festhalten, dass der Vorschlag eines Quittungssystems geprüft wird, weshalb sie gegen die gleichzeitige Abschreibung ist.

Yves Krebs (GLP) hat erwartet, dass zuerst die Rednerinnen und Redner der grösseren Fraktionen zu Wort kommen, übernimmt aber gerne das Wort. Die GLP-Fraktion hat Mühe mit dem hier vermittelten Bild, dass jeder Polizist ein potenzieller Rassist sei. Gerade, wenn man gleichzeitig gegen entsprechende Beweismittel wie zum Beispiel Bodycams ist. Diese sind im Grosse Rat Basel-Stadt gescheitert, was eine riesige Katastrophe ist. Aus diesem Grund folgt die GLP-Fraktion dem Regierungsrat und wird das Postulat überweisen und abschreiben.

Florian Spiegel (SVP) verweist auf den Fall aus dem Kanton Zürich, der vom Europäischen Gerichtshof behandelt worden sei. Ist das Ergebnis befriedigend? – Nein, ist es nicht. Allerdings müssen die Verhältnisse berücksichtigt werden. Es gibt einen Fall im Kanton Zürich – und notabene nicht im Kanton Basel-Landschaft –, der für Aufmerksamkeit gesorgt hat und es ist durchaus festzuhalten, dass es sich um eine ungerechtfertigte Kontrolle gehandelt hat. Allerdings ist das nicht mit den Zuständen in anderen Ländern zu vergleichen, wo Menschen rechtswidrig aufgrund von Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit jahrelang in irgendwelchen Anstalten eingesperrt werden. Dem angesprochenen Fall lag eine ungerechtfertigte Kontrolle zugrunde, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte so beurteilt wurde.

Jetzt spannt man den Bogen in den Kanton Basel-Landschaft und sagt, dass dies hier sicher auch passieren kann und man deshalb etwas dagegen tun muss. Es wird so lange etwas dagegen getan, bis die Bestätigung vorliegt, dass es solche Fälle tatsächlich gibt. Es hiess, man sage den Polizisten einfach, dass diese nicht diskriminieren sollen. Das ist ein Affront gegenüber der Ausbildung, die Kantonspolizisten in der Schweiz absolvieren. Es ist ein Affront gegenüber der Polizeischule Hitzkirch, an der der Kanton Basel-Landschaft beteiligt ist, wenn wir behaupten, dort werde einfach nur gesagt, Polizisten sollen nicht diskriminieren. Eine solche Aussage über die Ausbildung basiert nicht auf Tatsachen und entspricht auch nicht dem, was gelebt wird.

Jetzt zu den Fakten, die der Regierungsrat aufzeigt: Die Kantonspolizei Baselland hat seit Jahren keinen Fall, der gemeldet wurde. Die Ombudsstelle hat auf Anfrage bekannt gegeben, dass zu dieser Thematik ebenfalls seit Jahren keine Fälle eingegangen seien. Sogar die unabhängige Beratungsstelle Stopp Rassismus erfasste über Jahre keinen einzigen nennenswerten Fall. Es entsteht der Eindruck, man sei erst dann glücklich, wenn zehn weitere Organisationen gegründet werden und dann irgendwann einmal ein Fall auftritt. Man ist dann glücklich, wenn man endlich jemanden gefunden hat, der auf zig Nachfragen bestätigt, diskriminiert worden zu sein. Drei Institutionen haben keine Fälle. Das wäre ein Grund, um im Landratssaal aufzustehen und zu sagen: «Well done, Kantonspolizei Baselland!» Aber das kann man nicht. Sogar wenn etwas gut ist, muss man es schlechtmachen. Sogar wenn die Leistung der Baselbieter Polizistinnen und Polizisten gut ist, müssen wir sie schlechtrede. Eigentlich wäre jetzt der Moment, um zu loben, gerade im Vergleich zur Arbeit, die an anderen Orten geleistet wird. Aber nein, das kann man nicht und stattdessen will man ein Ticketsystem einführen, damit jede Kontrolle bestätigt werden kann und bis irgendwann ein Fall aufgedeckt wird, der dann hochstilisiert wird, woraufhin man sagen kann, dass man dies ja schon immer gewusst habe und man dafür Sorge, dass Rechte geschützt werden. Das ist ein Affront gegenüber der Polizei. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion das Postulat nicht überweisen, und sollte es überwiesen werden, wird sie es abschreiben.

Tobias Beck (EVP) führt aus, die Polizei Basel-Landschaft verfüge seit vielen Jahren über ein bewährtes Beschwerdemanagement. Beschwerden werden immer ernstgenommen und sorgfältig abgeklärt. Ausserdem gibt es die Möglichkeit, an die Ombudsstelle zu gelangen. Der Regierungsrat hat zudem erläutert, dass ein Quittungssystem zu aufwendig wäre. Die Fraktion Grüne/EVP folgt deshalb der Empfehlung des Regierungsrats und wird entsprechend das Postulat überweisen und gleichzeitig abschreiben.

Marc Schinzel (FDP) erinnert daran, dass die FDP-Fraktion die SP beim vorherigen Traktandum unterstützt habe. Beim vorliegenden Geschäft endet aber die Einigkeit leider. Florian Spiegel ist absolut recht zu geben und die Haltung der FDP-Fraktion geht in dieselbe Richtung. Sie lehnt eine Überweisung des Postulats ab; sollte es dennoch überwiesen werden, wird eine Abschreibung unterstützt. Die Stellungnahme des Regierungsrats ist klar und diese Antworten wurden bereits auch schon in der Fragestunde gegeben, weshalb nicht klar ist, wieso nun dieser Vorstoss kommt. Es gibt einen Fall im Kanton Zürich und zwar aufgrund eines Vorfalls am Hauptbahnhof Zürich: an einem Ort, wo täglich 345'000 Personen zirkulieren. Das sind mehr Personen,

als der Kanton Basel-Landschaft Einwohner hat. Am Basler Bahnhof pendeln täglich 140'000 Personen. In Liestal wird es – obwohl inzwischen gut ausgebaut – wohl noch etwas weniger sein. Dennoch wird dieser eine Fall am Zürcher Hauptbahnhof als Grund herbeigezogen, um ein Misstrauensvotum gegenüber der ganzen Kantonspolizei Baselland auszusprechen. Der Fall in Zürich wurde gut aufgearbeitet – das System funktioniert also. In diesem Einzelfall wurde Recht gesprochen und der Fall war indiskutabel und die Kontrolle nicht begründet, also ein Fehlverhalten der Polizei des Kantons Zürich.

Gerade beim vorherigen Traktandum wurde ausgeführt, dass die Kantonspolizei Baselland gut geführt und aufgestellt sei, wozu die SP implizit zugestimmt hat. Die Polizei legt Wert darauf, dass man diese Themen in der Ausbildung anspricht. Dies wurde auch immer wieder in der Justiz- und Sicherheitskommission thematisiert. Dass Wert darauf gelegt wird, beweist die Tatsache, dass keine entsprechenden Fälle gemeldet werden.

Zum Quittungssystem: Das Problem bei der Polizei ist der zunehmende bürokratische Aufwand. Die Polizei soll sich aber für die Sicherheit im öffentlichen Raum einsetzen können und sich nicht mit noch mehr Bürokratie beschäftigen müssen. Man stelle sich vor, derjenige, der die Quittung übernehmen sollte, läuft weg oder zerreisst sie. Stellt man sie dann nochmals aus? Das ist eine Bürokratie, wie sie im Buche steht – und bei Bürokratie kann die FDP nie zustimmen.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) betont, dass Racial Profiling beschämend und inakzeptabel sei. Darüber besteht wohl Einigkeit. Der Regierungsrat hat aber aufgezeigt, dass in der Polizeiausbildung grosses Augenmerk auf diesen Punkt gelegt wird. Personen dürfen nicht aufgrund der Hautfarbe kontrolliert werden. Ebenfalls wurde gesagt, dass keine Fälle gemeldet wurden. Hier herrschen keine amerikanischen Verhältnisse vor. Die Baselbieter Polizei ist auch nicht diskriminierend und diese Aussage ist zu unterstreichen. Im Baselbiet ist die Polizeikultur gut. Man stelle sich die geforderte Praxis nur einmal vor: Bei jeder Kontrolle muss eine Quittung ausgestellt werden. Man stelle sich das Chaos bei einer Grosskontrolle vor, bis jeder ein Ticket ausgestellt bekommen hat. Das verursacht wiederum Stau, vielen Dank dafür – vom ganzen hierfür benötigten Personal gar nicht zu sprechen, zumal die Polizei bereits jetzt nicht über genügend Personal verfügt. Es gibt andere Möglichkeiten, um sich zu beschweren, wie in der Stellungnahme des Regierungsrats aufgezeigt wird. Die Mitte-Fraktion lehnt ein Postulat ab.

Marco Agostini (Grüne) kann mit vielen Ausländerinnen und Ausländern mitfühlen. Er selbst wurde schon oft kontrolliert, was vielleicht daran liegt, wie er aussieht. [*Heiterkeit*] Das ist unangenehm. Einmal musste sich Marco Agostini sogar gegen die Wand stellen. Auf anständige Nachfrage reagierte die Polizei aber stets ebenfalls anständig und erklärte, weshalb die Kontrolle stattgefunden hatte. Dies war jeweils schlüssig. Ein Quittungssystem hält Marco Agostini für übertrieben. Es wäre aber vernünftig, wenn die Polizei auf Nachfrage Auskunft gibt, weshalb sie jemanden kontrolliert hat.

Florian Spiegel hat die Polizeischule, die Rekrutierung und die Ausbildung sehr gelobt. Dem ist zuzustimmen. Unverständlich ist aber, weshalb es nicht möglich sein soll, dass Ausländerinnen und Ausländer Polizisten werden dürfen. Mit solch einer guten Ausbildung würden auch diese zu guten Polizistinnen und Polizisten. Das ist eine widersprüchliche Argumentation.

Das Postulat kann überwiesen und abgeschrieben werden. Mit einer Umsetzung der Forderung würde wohl ein Bürokratiemonster geschaffen.

Ronja Jansen (SP) kann gut akzeptieren, dass man ein Quittungssystem für den falschen Weg hält, um gegen Racial Profiling vorzugehen. Was sie aber nicht akzeptieren kann und was wirklich ein Affront ist, ist, wie von der rechten Seite Rassismus heruntergespielt wird. Ihr persönlich sind Personen bekannt, die Anzeigen auf Polizeiposten stellen wollten, die nicht entgegengenommen wurden, weil es hiess, dass Gewalt in «diesen Kulturen» halt dazugehöre. Weiter kennt sie x Asyl-

suchende, die mindestens einmal monatlich kontrolliert werden. Sie selbst wurde hingegen noch nie in ihrem ganzen Leben kontrolliert. Es ist unglaublich, wie man so tun kann, als ginge es nur um einen einzigen Fall von Rassismus in der Schweiz, der aufgrund eines Versehens im weit entfernten Zürich auftrat. Das ist einfach nicht die Realität und das weiss auch Florian Spiegel. Es ist ziemlich schäbig, wenn man sich heute derart aus der Verantwortung zieht und so tut, als wäre Rassismus einfach kein Problem in unserer Gesellschaft.

Mit dem vorliegenden Vorstoss wird keinesfalls zum Ausdruck gebracht, dass alle Polizistinnen und Polizisten rassistisch sind. Ganz sicher nicht! Es soll aber der Schutz für diejenigen erhöht werden, die Opfer derjenigen werden, die die Möglichkeiten der Polizei missbrauchen. Es ist seltsam, wenn man sich gegen dieses Anliegen stellt und äusserst bedenklich.

Balz Stückelberger (FDP) fühlt sich kurzfristig von Ronja Jansen herausgefordert. Das geht so nicht! Als es heute Morgen um den Teuerungsausgleich ging, wurde von linker Seite von Wertschätzung gegenüber dem Staatspersonal gesprochen. Ein paar Stunden später folgt eine Kollektivverurteilung und ein Kollektivangriff auf das Polizeikorps des Kantons Basel-Landschaft. Dagegen verwehrt sich Balz Stückelberger und er erwartet eine Entschuldigung von Ronja Jansen. Die Menschen, die jeden Tag draussen sind und ihren Job machen, hinzustellen, als wären sie alle Rassisten, kommt definitiv ganz schlecht an. Von Ronja Jansen wird eine Erklärung verlangt.

Miriam Locher (SP) stellt fest, dass die Debatte emotional werde. Teilweise kann sie dies nachvollziehen, teilweise nicht. Von Ronja Jansen eine persönliche Erklärung zu fordern, ist zu hoch gegriffen – und das weiss Balz Stückelberger auch selbst. Nun sind einfach die Pferde mit ihm durchgegangen.

Es geht gar nicht darum, dass die SP ein Misstrauen gegenüber der Polizei aussprechen möchte – wirklich nicht! Es geht lediglich um die Professionalität, die mittels eines Ticketingsystems gestärkt werden könnte. Es geht auch nicht darum, irgendjemandem zu unterstellen, rassistisch zu sein. Die Emotionen können also etwas heruntergefahren werden. Man muss die Debatte auch nicht dazu nutzen, um auf die Linken einzuschlagen, Florian Spiegel. Zur Information: Auch die SP unterstützt das Bestreben, die Polizei aufzustocken, wie es der Budgetantrag von Anita Biedert verlangt. Es geht einzig darum, eine gewisse Professionalität sicherzustellen und gleichzeitig die Menschen zu schützen, die halt wirklich betroffen sind. Auch wenn es nur einen Fall gibt, der heute erwähnt wurde: Es gibt eine Dunkelziffer. Ebenfalls erwähnt werden muss, dass die Betroffenen oft nicht in der Situation sind, um an eine Ombudsstelle gelangen zu können oder dass sie sich Hilfe suchen können, einfach weil sie sich in der viel schwächeren Position befinden. Heute geht es doch einfach darum, dass man einen Schritt auf diese Leute zugeht, dass ein besserer Schutz ermöglicht wird. Gleichzeitig schützt man natürlich auch die Polizei. Ein Ticketingsystem würde Polizistinnen und Polizisten in einem gewissen Rahmen vor falschen Verdächtigungen schützen. Die Sichtweise lässt sich also auch umkehren, weshalb die Emotionen umso mehr heruntergefahren werden können. Man muss keinen Streit vom Zaun brechen, sondern das Thema auf einer professionellen Ebene betrachten.

Jan Kirchmayr (SP) möchte mit zwei Mythen aufräumen. Yves Krebs hat von Bodycams gesprochen. Er soll nachschauen, wer im Landrat bei diesem Thema wie abgestimmt hat. Hier wird eine seriöse Debatte und Argumentation erwartet und nicht eine Verlagerung irgendwelcher Paralleldebatten aus dem Grossen Rat Basel-Stadt.

Zweitens wurde die Ausbildung in Hitzkirch angesprochen. Es wird geraten, mit Absolventinnen und Absolventen zu sprechen, die in Hitzkirch waren. Diese Ausbildung würde Jan Kirchmayr nicht derart hochloben.

Drittens hat Ronja Jansen die Motion in ein Postulat umgewandelt. Es geht also nur darum, ein

Ticketingsystem zu prüfen und darüber zu berichten. Wieso deshalb der Teufel an die Wand gemalt wird, ist unverständlich.

Marc Schinzel (FDP) versichert, nicht in emotionale Wallungen zu verfallen, sondern ganz pragmatisch auf das Quittungssystem zu schauen. Ronja Jansen ist ebenfalls in der Justiz- und Sicherheitskommission und dort hören die Kommissionsmitglieder immer wieder, wie die Bürokratie die Polizei belastet, obwohl diese eigentlich wahnsinnig viele Aufgaben auf der Strasse und im öffentlichen Raum zu erledigen hätte. Es ist alles zu tun, dass die Polizei vermehrt bei den Menschen sein kann. Sicherheit und Kriminalität im öffentlichen Raum ist ihr Kerngeschäft und darin ist sie gut. Darüber besteht wohl auch Einigkeit. Das Baselbiet hat – Gott sei Dank – ein gutes Korps und das bereits seit einigen Jahren. Das Niveau ist konstant gut und die Führung ist ebenfalls gut. Jetzt sollen diese bereits Bürokratiegeplagten mit einem Quittungssystem zusätzlich belastet werden. In der Praxis rennt jemand davon und behauptet dann, die Quittung nicht erhalten zu haben, was zu neuen Rechtsverfahren führt. Man stelle sich mal vor, es regnet! Es gibt so viele praktische Punkte zu beachten. Über die mag man nun lächeln, in der Realität zählen aber solche Dinge. Die Menschen wollen ihren Job machen und sie wollen nicht Papiere ausfüllen. Im Sinne einer Wertschätzung gegenüber der Polizei und gegenüber den Menschen, die den Anspruch haben, dass die Polizei Sicherheitsaufgaben wahrnehmen soll, soll auf solche Übungen verzichtet werden.

Ronja Jansen (SP) gibt eine persönliche Erklärung ab: Sie brauchte eine Minute, um sich nach dem Angriff von Balz Stückelberger wieder ein bisschen zu fassen. Dieser verlangte von ihr eine Entschuldigung für etwas, was sie so nie gesagt hatte und so auch nie sagen wird. Eine Minute vor Balz Stückelbergers Angriff und seiner Behauptung, sie würde allen Polizistinnen und Polizisten Rassismus unterstellen, hat sie explizit das Gegenteil gesagt, nämlich, dass es ihr nicht darum gehe, irgendjemandem Rassismus zu unterstellen. Weiter hat sie explizit gesagt, dass sie anerkenne, dass sicher die meisten Polizistinnen und Polizisten bei ihren Kontrollen nicht rassistisch agieren, dass es aber um die anderen Ausnahmefälle gehe. Balz Stückelberger wird gebeten, künftig Voten nicht zwei Tage vor der Debatte zu verfassen, ohne sie anzupassen, wenn tatsächlich etwas anderes passiert als das, was er geplant hat. Zudem wäre es angebracht, würde er sich überlegen, wann eine Entschuldigung angebracht wäre und wann nicht.

Caroline Mall (SVP) spricht zuhanden des Protokolls. Das zuvor behandelte Postulat [2024/403, *Anonymisierte Umfrage der Kantonspolizei Basel-Landschaft*] hätte überwiesen werden müssen. Alle Voten der jetzigen Debatte hätten dafür gesprochen, dass man eben Wertschätzung gegenüber der Polizei mit einer anonymisierten Umfrage ausdrückt. In diese Umfrage hätte Ronja Jansen ihre Frage auch noch einbauen können.

Florian Spiegel (SVP) erinnert sich an einen Spruch seines Vaters: «Wer schreit, ist meist im Unrecht.» So viel wie heute auf der anderen Seite wurde in den letzten Sitzungen selten geschrien. Es ist festzuhalten: Wenn man sich auf der bürgerlichen Seite einsetzt, heisst es, die Emotionen gehen mit einem durch und man solle sich im Griff haben. Auf der anderen Seite wäre dies aber nur Ausdruck davon, wie wichtig das Anliegen ist. Genauso ist es in Ordnung, wenn auf der anderen Seite Anliegen gestikulierend und wortreich vorgetragen werden; tut man dies auf der bürgerlichen Seite, wird einem vorgeworfen, eine Bühne zu nutzen. Als ob irgendein Politiker hier drin diesen Saal nicht auch als Bühne nutzen würde. Wäre von der bürgerlichen Seite das Wort «schäbig» für eine andere politische Einstellung benutzt worden, wäre von der gegenüberliegenden Seite längstens jemand beim Landratspräsidenten gewesen und hätte sich darüber beklagt. Jan Kirchmayr hat geraten, mit Polizisten zu sprechen. Er hat keine Ahnung davon, wie viele Polizisten Florian Spiegel kennt, mit wie vielen er befreundet ist und spricht. Das ist nichts als eine weitere Unterstellung. In der letzten Viertelstunde wurde auf linker Seite nur auf die politische

Richtung und auf Personen gespielt, ohne dass dabei auf den Inhalt eingegangen worden wäre. Florian Spiegel schlägt vor, dass Dario Rigo seinen Feuerlöscher abgeben und auf die linke Saalhälfte stellen soll. Dort ist die Temperatur zu hoch und man möchte ja keinen Flächenbrand riskieren. *[Heiterkeit, neben dem Sitzplatz von Dario Rigo steht ein Feuerlöscher]*

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) dankt für den Vorschlag, schlägt stattdessen aber ein kurzes Stosslüften vor. *[Heiterkeit; die Fenster werden auf beiden Seiten des Saals geöffnet.]*

Jacqueline Bader Rüedi (FDP) möchte zwei Dinge betonen. Aber vorab: Dieses Votum wurde nicht vor zwei Wochen geschrieben, sondern entstand ganz spontan.

Beleg dafür, dass wir in einer liberalen, demokratischen Gesellschaft leben, ist, dass man überhaupt die Möglichkeit hat, an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gelangen. In totalitären Staaten wäre dies gar nicht erst möglich.

Punkt 2 betrifft die Personalkommission. Bereits dort hat die Rednerin ihren Kolleginnen und Kollegen gesagt, dass der grösste Kostentreiber die Landratsmitglieder sind. Wenn noch mehr Stellen geschaffen und noch mehr Papierchen ausgearbeitet werden, dann werden dadurch die Kosten in die Höhe getrieben. Die Einnahmen werden diese nicht decken. Aus diesem Grund müssen vielleicht auch jetzt die Staatsangestellten auf den Teuerungsausgleich verzichten. Vielleicht nehmen sich alle Landratsmitglieder an der eigenen Nase und überlegen sich, was alles in den Landrat gebracht werden soll, anstatt einfach die ganze Zeit neue Gesetze und Papiere zu generieren.

Gzim Hasanaj (Grüne) hält für unbestritten, dass alle Anwesenden die Kantonspolizei Baselland wertschätzen. Niemand unterstellt ihr, rassistisch zu sein. Aber wo Menschen arbeiten, passieren auch Fehler. Auch im Landratssaal werden ab und an falsche Entscheidungen getroffen. Am Vormittag wurde allseits von Wertschätzung gegenüber Kantonsangestellten gesprochen. Nur die linke Ratshälfte war aber bereit, wenigstens einen symbolischen, materiellen Zustupf zu gewähren, um Unterstützung, Wertschätzung und Anerkennung zu unterstreichen. Wenn heute Abend ein Polizist mit einem Rucksack voll an Wertschätzung in einen Laden geht, wird er sich damit nichts kaufen können.

Der letzte Punkt geht in die Richtung dessen, was Jacqueline Bader gesagt hat. Es ist die Stärke der Demokratie, dass man sich selbst und die Institutionen laufend kritisch hinterfragt und reflektiert. In diese Richtung zielt dieses Anliegen. Niemand unterstellt der Polizei Rassismus. Ein paar Herren auf dieser Welt haben unfehlbare Institutionen: Kim Jong Un oder Wladimir Putin sind hier zu nennen. Deren Polizei ist unfehlbar. Demokratische Länder überprüfen aber ihre Institutionen, denn Menschen machen Fehler.

Andreas Bammatter (SP) ergreift als Mitglied der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch das Wort. Einmal mehr hat man sich auf linker und rechter Seite auf Nebenschauplätze begeben. Tatsache ist, dass jährlich einige Menschen aus diesem Kanton die Polizeischule absolvieren. Andreas Bammatter spricht mit diesen Personen über ihre Motivation. Gute Polizistinnen und Polizisten sind ganz wichtig. Sie sollen die Bevölkerung so beschützen, wie diese es für richtig und wichtig hält. Es ist aber auch richtig, dass es zu Verfehlungen kommt. Entsprechend ist wichtig, dass die Polizei in der Ausbildung alles daran setzt, solche Fehler möglichst unterbinden zu können. Deshalb müssen solche Themen angesprochen werden. Ob System A, B oder C angewendet wird, ist nicht relevant – es muss einfach funktionieren und die Betroffenen – Kontrollierende oder Kontrollierte – müssen anständig miteinander umgehen. Kommt es zu einer Verfehlung – auf beiden Seiten –, muss das ins Lot gebracht werden. Es geht aber nicht darum, darüber zu diskutieren, wer wie viele Polizisten und wer wie viele Opfer und Täter kennt.

Wichtig ist, dass der Landrat zu der Polizei steht, sie unterstützt und dass dem Kommando und

den Ausbilderinnen und den Ausbildner die Fähigkeiten und die Energie gegeben wird, um die angehenden Polizisten gut ausbilden zu können.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) hat nicht mit derart vielen Emotionen gerechnet. Es ist festzuhalten, dass die Polizei Basel-Landschaft einen sehr anspruchsvollen Job sehr gut erledigt. Die Sicherheitsdirektorin war schon auf einigen Patrouillenfahrten dabei – es ist nicht immer ganz einfach. Die Optik der Polizei und der Betroffenen ist sehr unterschiedlich. Deshalb ein Appell an alle: Wenn etwas festgestellt wird, muss man dies melden. Es gibt verschiedenste Anlaufmöglichkeiten: Die Polizeileitung, die Ombudsstelle, bei Rassismus die Anlaufstelle Stopp Rassismus. Eine Meldung löst eine Abklärung aus. Manchmal ist auch nicht ganz klar, wer wirklich einen Fehler gemacht hat. Es ist zu sagen, dass in den letzten Jahren keine Meldungen gemacht wurden. Alle Anwesenden haben ein Netzwerk – wenn jemand etwas hört, soll dies gemeldet werden, damit man der Sache nachgehen kann. Es wird sehr viel in den Bereich Ethik im Beruf investiert und zwar nicht nur in Hitzkirch, sondern auch im Korps. Es wird immer wieder thematisiert, um eben nicht auf ausgetretene Pfade zu gelangen. Die Sicherheitsdirektorin ist der Ansicht, die Kantonspolizei Basel-Landschaft tut dies sehr gut und wird dies auch weiterhin gut machen. Das Ticketingsystem würde einen enormen Aufwand nach sich ziehen, weshalb darauf verzichtet werden soll. Zumal es andere, einfachere Wege gibt, sollte es zu einem Problem kommen.

://: Mit 39:38 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen und mit 56:20 Stimmen abgeschrieben.
